



Presseschau vom 18.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Marinko Učur: Vom ukrainischen Agenten zum Geld- und Juwelenschmuggler

Nach den bisher vorliegenden Informationen wurde einer der ehemaligen hochrangigen Beamten des ukrainischen Geheimdienstes SBU, Andrei Naumow, am 7. Juni im Süden Serbiens festgenommen, als er versuchte, Geld und Juwelen im Wert von insgesamt 804.000 Euro aus dem Land zu schmuggeln. ...

<https://kurz.rt.com/3111> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Kriminalität als Prozess getarnt" – Reaktionen auf die geplante Auslieferung von Julian Assange

Während die Bundesregierung erklärt, dass ein möglicherweise noch offener Rechtsweg beobachtet würde, verurteilten andere die Entscheidung des britischen Innenministeriums, Julian Assange an die USA auszuliefern, weitaus deutlicher. ...

<https://kurz.rt.com/3121> bzw. [hier](#)

Daniele Pozzati: Die Kriminalisierung der Kritik: Italiens größte Zeitung prangert angebliches "Putin-Netzwerk" an

Die Tageszeitung "Corriere della Sera" veröffentlichte am 5. Juni eine Liste von "Influencern und Meinungsmachern, die für Moskau Propaganda treiben". Ein Dokument des Geheimdienstes DIS gelte als Quelle. Das DIS dementierte dies und gab das Dokument frei. Daraus geht hervor, dass die italienische Regierung den Dienst im Kampf um die Deutungshoheit missbraucht. ...

<https://kurz.rt.com/311e> bzw. [hier](#)

Alexander Karpow, Aljona Medwedewa: Was steckt hinter Nicaraguas Zustimmung zur russischen Militärpräsenz im Land?

Wie die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erklärte, stellt die russische Militärpräsenz in Nicaragua keine Sensation dar. Die guten Beziehungen zwischen Nicaragua und Russland sorgten in Washington jüngst für Beunruhigung. Dort wird befürchtet, dass die Zusammenarbeit der beiden Länder den USA schade. ...

<https://kurz.rt.com/312m> bzw. [hier](#)

Tom J. Wellbrock: ... und wenn es gar kein Angriffskrieg ist?

Wir leben in einer Zeit, in der Geschichte gedacht, dann erzählt und somit gemacht wird. Die Gräueltaten von Botscha sind so ein Fall. Nach wie vor gab es weder umfangreiche Recherchen noch forensische Untersuchungen oder auch nur die Sicherung von Spuren. Zählt man alles zusammen, was man hat, so ergibt sich eher ein Bild, das ernsthafte Zweifel an Russland als "Täter" aufkommen lässt. ...

<https://kurz.rt.com/3128> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Europa ukrainisiert sich" – Experte Uralow über Getreide-Krise und Entnazifizierung der Ukraine

In Russland wird die Hysterie des Westens kaum mehr beachtet. Statt auf westliche Vorwürfe zu reagieren, konzentriert sich Russland auf die Lösung der Ukraine-Krise. Die wichtigste Aufgabe sollte dabei die Entnazifizierung sein, sagte der russische Ukraine-Experte Semjon Uralow in einem RT-Gespräch. ...

<https://kurz.rt.com/30r7> bzw. [hier](#)

Rainer Rupp: Für Selenskijs Wahn sterben täglich 500 seiner Soldaten

Die russische Wirtschaft erholt sich ungeahnt schnell, während die Entwicklung im Westen genau in die Gegenrichtung geht. Für die westlichen Kriegsherren läuft in Russland und der Ukraine nichts nach Plan. Täglich sterben 500 ukrainische Soldaten. Trotzdem will Selenskij so weitermachen. ...

<https://kurz.rt.com/3134> bzw. [hier](#)

Aljona Sadoroschnaja: Wie kann der Artillerie-Terrorismus der ukrainischen Streitkräfte gestoppt werden?

Nach schwerem Beschuss der Hauptstadt hat die Volksrepublik Donezk (DVR) bei Russland zusätzliche Hilfe angefragt. Moskau und Donezk bezeichneten den Beschuss als barbarisch, unter den Toten waren Frauen und Kinder. Weshalb beschießt die Ukraine weiter Wohngebiete, und wie kann Russland helfen? ...

<https://kurz.rt.com/3120> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Es geht nicht um Getreide, sondern Macht - doch die Herren der Hungerspiele können alles verlieren

Die augenblickliche Hungerkrise ist nicht von Russland geschaffen. Sie ist aber auch kein Zufall. Aber die Absichten, die damit verbunden sind, könnten sich als unerreichbar erweisen und das Ende der westlichen Vorherrschaft nicht verhindern, sondern beschleunigen. ...

<https://kurz.rt.com/30u0> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:00 de.rt.com: Lukaschenko befürchtet Umzingelung durch Polen

In einer Rede hat Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko Polen den Wunsch nach einer Annexion der Westukraine unterstellt. Laut einer auf der offiziellen Webseite des Präsidenten veröffentlichten [Meldung](#) werde dieses Vorhaben von den USA unterstützt und mit Waffenlieferungen finanziert. Lukaschenko warnte vor einer Umzingelung Weißrusslands: "Wir werden reagieren müssen. Denn wir können nicht zulassen, dass wir komplett von Polen umzingelt werden. Das ist gefährlich."

Die Sicherheitslage erfordere, zusätzliche Kräfte an der südlichen Grenze zu halten. Zehn Verbände seien dort zur Verstärkung der Grenztruppen stationiert, so Lukaschenko weiter. Der Präsident betonte in diesem Zusammenhang, dass es der Westen sei, der versuche, Weißrussland in den Ukraine-Konflikt hineinzuziehen. Von russischer Seite habe er niemals Bitten um militärischen Beistand oder Intervention in der Ukraine erhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ac924c48fbef71e431294d.jpg>
Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko, Aufnahme vom 23. Mai

20:39 de.rt.com: **Peking fordert USA auf, afghanisches Volk zu entschädigen**

Die Vereinigten Staaten müssten das afghanische Volk für die durch den Krieg verursachten Schäden entschädigen, forderte ein chinesischer UN-Gesandter. Zudem solle die internationale Gemeinschaft die von den Taliban kontrollierte Übergangsregierung unterstützen.

Ein chinesischer Diplomat erklärte am Donnerstag, dass die Vereinigten Staaten Verantwortung für die Situation in Afghanistan übernehmen und sinnvolle Schritte unternehmen müssten, um das afghanische Volk für die erlittenen Schäden zu entschädigen, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete.

Viele unschuldige afghanische Zivilisten seien entweder direkt durch das US-Militär oder infolge des Krieges getötet worden, sagte ein Diplomat der chinesischen Vertretung bei den Vereinten Nationen (UN) in Genf auf der derzeit stattfindenden 50. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates. Zudem seien mehrere Millionen Afghanen zu Flüchtlingen geworden. Der chinesische Diplomat erklärte auch, dass die Vereinigten Staaten ihre Truppen überstürzt aus Afghanistan abgezogen und das afghanische Volk in einer schweren humanitären Krise, die bis heute anhält, zurückgelassen hätten. Anstatt Maßnahmen zur Linderung der Krise zu ergreifen, hätten die USA unverblümt das afghanische Staatsvermögen geplündert und das Leiden des afghanischen Volkes verschlimmert, fügte der Diplomat hinzu, der dazu erklärte: "China fordert die Vereinigten Staaten auf, ihre einseitigen Sanktionen gegen Afghanistan unverzüglich und umfassend aufzuheben, dem afghanischen Volk sein Vermögen bedingungslos zurückzugeben und es mit konkreten Maßnahmen zu entschädigen."

Dem chinesischen Diplomaten zufolge habe die von den Taliban kontrollierte afghanische Übergangsregierung zwar in einigen Bereichen Fortschritte gemacht, dennoch stehe sie noch immer vor zahlreichen Herausforderungen, darunter humanitären, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Schwierigkeiten.

Der Gesandte rief die internationale Gemeinschaft dazu auf, die Kommunikation und den Dialog mit der Übergangsregierung aufrechtzuerhalten und sie zu ermutigen, einen breiteren, integrativeren politischen Rahmen sowie gemäßigte und stabile innenpolitische Verhältnisse zu schaffen, den Terrorismus in all seinen Formen entschlossen zu bekämpfen und Afghanistan die notwendige humanitäre Soforthilfe und Unterstützung bei der Bekämpfung von Epidemien zukommen zu lassen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac8e05b480cc20ec476e59.jpeg>

20:40 de.rt.com: **Putin: Sondereinsatz im Donbass hat den Westen gerettet**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat gesagt, dass die Militäroperation im Donbass eine Rettungsleine für die westlichen Länder war, weil sie es ihnen ermöglicht habe, alle ihre Probleme auf Moskau zu schieben. Dies sagte er auf dem 25. Internationalen Wirtschaftsforum von Sankt Petersburg.

Putin erklärte, die westlichen Länder würden die Verantwortung für alle wirtschaftlichen Probleme auf Russland abwälzen. Er versicherte:

"Sie selbst haben ein Chaos angerichtet und suchen die Schuldigen... Wir haben uns vielleicht gefreut zu hören, dass wir so allmächtig sind: Die Inflation steigt im Westen und in den USA, in Europa, wir tun etwas, das alle in den Wahnsinn treibt... Aber das ist nicht wahr."

Der russische Staatschef ist sich sicher, dass die steigenden Lebensmittel- und Ölpreise und auch die Probleme im Energiesektor das Ergebnis einer fehlerhaften Politik der EU und der USA sind.

Putin betonte zudem, dass die Ukraine die Häfen am Schwarzen Meer vermint habe, wodurch die Ausfuhr von Getreide verhindert werde. Darüber hinaus äußerte er die Befürchtung, dass das Kiewer Regime ukrainisches Getreide als Bezahlung für westliche Waffen verschicken und damit die weltweite Nahrungsmittelkrise weiter verschärfen könnte. Und der russische Präsident fügte hinzu, dass es fünf bis sechs Möglichkeiten für den Export von ukrainischem Getreide gebe. Er sagte:

"Die Kiewer Behörden sollen selbst entscheiden, wie sie vorgehen wollen, ohne sich von ihren Herren auf der anderen Seite des Ozeans leiten zu lassen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ac92f7b480cc236a11c8aa.jpg>

17. Juni 2022. Der russische Präsident Wladimir Putin spricht auf der Plenarsitzung des 25. Internationalen Wirtschaftsforums in Sankt Petersburg.

21:03 de.rt.com: **Putin prophezeit "Elitenwechsel" im Westen und das Ende der unipolaren Welt**

Wirtschaftliche Fehler führen in Europa zu einer zunehmenden Ungleichheit, einem Anstieg des Radikalismus und schließlich zu einem "Elitenwechsel". Darauf deutete der russische Präsident Wladimir Putin am Freitag hin.

In seiner [Rede auf der Plenarsitzung des Internationalen Wirtschaftsforums](#) in Sankt Petersburg (SPIEF) vermutete der russische Präsident Wladimir Putin, dass alle derzeitigen Erzählungen im Westen über die sogenannte "Putinsche Inflation" für diejenigen gedacht seien, "die nicht lesen und nicht schreiben können".

Dieser Begriff wurde in erster Linie von dem US-Präsidenten Joe Biden und dem britischen Premierminister Boris Johnson verwendet. Damit ist jene Inflation gemeint, die sich aus den eigenen Schwierigkeiten bei der Energieversorgung, der Logistik und den Wechselkursen ergibt, welche durch die westlichen Sanktionen gegen Moskau verursacht werden. Dazu erklärte Putin:

"Unfähig oder nicht willens, andere Reserven zu nutzen, haben die Behörden der führenden westlichen Volkswirtschaften einfach die Druckerpresse angeworfen. Auf diese unkomplizierte Art und Weise begannen sie, zuvor nicht gesehene Haushaltsdefizite zu decken."

Souveränitätsverlust der EU

Der russische Präsident wies in seiner Rede außerdem darauf hin, dass die Europäische Union ihre politische Souveränität verloren hätte:

"Die Europäische Union hat ihre politische Souveränität vollständig verloren, und ihre bürokratischen Eliten tanzen nach der Pfeife eines anderen und akzeptieren alles, was ihnen von oben befohlen wird, was ihrer eigenen Bevölkerung und ihrer eigenen Wirtschaft schadet."

Nach Ansicht Putins werde die Politik der EU-Behörden die Spaltung des Westens vertiefen, und zwar nicht nur in wirtschaftlichen Fragen, sondern auch in Bezug auf sein Wertesystem:

"Eine solche Abkehr von der Realität, von den Anforderungen der Gesellschaft, wird unweigerlich zu einem Anstieg des Populismus und dem Wachstum radikaler Bewegungen, zu schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen, zu Degradierung und in naher Zukunft zu einem Wechsel der Eliten führen."

Ende der unipolaren Welt

Der russische Präsident wies darauf hin, dass sich weltweit Systeme und Machtzentren bilden, die immer mehr eine Konkurrenz für die unipolare, westliche Welt darstellen. Er stellte fest:

"In den letzten Jahrzehnten haben sich auf dem Planeten neue mächtige Zentren gebildet, von denen jedes sein eigenes politisches System und seine eigenen sozialen Institutionen entwickelt, seine eigenen Modelle des Wirtschaftswachstums umsetzt und natürlich das Recht hat, diese zu schützen und die nationale Souveränität zu gewährleisten."

"Wir sprechen von objektiven Prozessen, von wirklich revolutionären, tektonischen Veränderungen in der Geopolitik, der Weltwirtschaft, im technologischen Bereich, im gesamten System der internationalen Beziehungen."

Schlüsselbegriffe für die Wirtschaft – wie der Ruf eines Unternehmens, die Unverletzlichkeit des Eigentums und das Vertrauen in die Weltwährungen – würden vom Westen aktiv untergraben, so Putin. Dies geschehe ganz bewusst aus Ehrgeiz, um überholte geopolitische Illusionen zu bewahren. Er fügte hinzu:

"Und es ist ein Irrtum zu glauben, dass man in Zeiten turbulenter Veränderungen einfach

abwarten kann, dass sich alles wieder normalisiert und alles so wird wie früher. Das wird es nicht. Es scheint jedoch, dass die herrschenden Eliten einiger westlicher Länder derartigen Illusionen unterliegen, dass sie die offensichtlichen Dinge nicht sehen wollen und sich stur an den Schatten der Vergangenheit klammern."

"Status der Außergewöhnlichkeit" des Westens

Putin ging auch auf den postulierten "Status der Außergewöhnlichkeit" des Westens ein und betonte:

"Der Wandel ist der natürliche Lauf der Geschichte, denn die zivilisatorische Vielfalt des Planeten, der Reichtum der Kulturen, lassen sich nur schwer mit politischen, wirtschaftlichen und anderen Mustern kombinieren. Schablonen funktionieren hier nicht, also Schablonen, die unverhohlen und alternativlos von einem Zentrum vorgegeben werden. Der Fehler liegt in der Vorstellung, dass es nur eine, wenn auch starke Macht mit einem begrenzten Kreis von nahestehenden oder – wie man auch sagt – zugelassenen Staaten gibt."

"Unsere [westlichen] Kollegen leugnen nicht nur die Realität, sie versuchen, dem Lauf der Geschichte entgegenzuwirken, sie denken in Begriffen des letzten Jahrhunderts, sie sind gefangen in ihren eigenen Wahnvorstellungen über Länder außerhalb der sogenannten goldenen Milliarde, sie betrachten alles andere als Peripherie, als ihren Hinterhof, sie behandeln sie immer noch als Kolonien und die dort lebenden Völker als Menschen zweiter Klasse, weil sie sich selbst für außergewöhnlich halten."

Darüber hinaus würde der Westen allen anderen grob und unverschämt seine Ethik, seine Ansichten über Kultur und seine Vorstellung von Geschichte aufdrängen und zuweilen die Souveränität und Integrität von Staaten infrage stellen sowie deren Existenz bedrohen, so der russische Präsident. Er fügte hinzu:

"Alle Normen der Wirtschaft und der internationalen Beziehungen werden – wenn es notwendig wird – ausschließlich im Interesse desjenigen Staates ausgelegt."

"Eine Welt, die auf einem solchen Dogma beruht, ist definitiv instabil."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62acae65b480cc236a11c8ce.jpg>

Übertragung der Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der Plenarsitzung des XXV. Internationalen Wirtschaftsforums in Sankt Petersburg

22:00 de.rt.com: **Kriegsalltag in Donezk: Geschäfte geöffnet, ÖPNV funktioniert**

Der Telegram-Kanal Donbass reschajet [zeigt](#) einen kurzen Videoclip vom Kriegsalltag in Donezk. Der öffentliche Nahverkehr und die Geschäfte in der beschossenen Stadt Donezk sind weitgehend in Betrieb. Auch Apotheken haben geöffnet.

Allerdings bewegen sich nur wenige Passanten auf den Straßen, sind meist in zügigem Tempo in der Stadt unterwegs. Ein Korrespondent von Donbass reschajet hat dies vor Ort so beobachtet.

Derweil hält der Beschuss vonseiten der ukrainischen Armee an. Dennoch herrsche keine Panik unter den Bewohnern von Donezk, so der Nachrichtenkanal.

22:30 de.rt.com: **Der russischen Armee und den Volksmilizen fallen immer mehr intakte Waffen und Fahrzeuge der ukrainischen Einheiten in die Hände**

Mit unverhohlener Ironie berichtet der Telegram-Kanal Operazija Z: Wojenkory Russkoj Wesny (Operation Z: Kriegsberichterstatter des russischen Frühlings) davon, dass der russischen Armee und den Verbänden der Donbass-Volksrepubliken Ausrüstung, Waffen, Munition und Fahrzeuge der ukrainischen Armee in die Hände fallen.

Die russischen Einheiten hätten einen quasi intakten T-72-M-Panzer mit der Hecknummer 138 vom 3. Zug, 3. Kompanie, 1. Bataillon, von einer Brigade der ukrainischen Armee erbeutet.

Dazu heißt es vonseiten des Kanals:

"Die geringe Kilometerleistung lässt vermuten, dass die ukrainischen Kämpfer versuchen, die erhaltene westliche Bewaffnung in einwandfreiem Zustand an die russische Armee zu übergeben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62aca61fb480cc21f15de2b1.jpg>

(Auch das Innere des erbeuteten Panzers wird gezeigt – hier das Fabrikschild, welches auf das Baujahr 1993 hindeutet - Screenshot)

In einem anderen Beitrag dazu schreibt der Kanal:

"Der T-72M1-Panzer wurde von Bulgarien hergestellt, von der Tschechischen Republik an die Ukraine [übergeben](#) und kämpft nun in der russischen Armee. Der Panzer, der von den motorisierten Truppen der Gruppe O erbeutet wurde, hat nur 19 km Laufleistung, ist voll munitioniert und wird nun glorreich der Befreiung des Donbass dienen."

Der Zustand des Panzers wird zudem mit einigen Fotos dokumentiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62aca49948fbef72a93aaeb2.jpg>

Ein offenbar von russischen Einheiten erbeuteter ukrainischer T-72-Panzer, den Kiew aus Tschechien erhalten hatte (Screenshot aus dem Telegram-Kanal)

22:50 de.rt.com: **Russisches Militär verlegt Panzer über Gebiet von Belgorod an andere Frontabschnitte**

Der Telegram-Kanal Wojennyj Oswedomitel [meldet](#), dass das russische Militär offenbar Panzer und andere militärische Ausrüstung aus dem Gebiet von Charkow abzieht.

Am Freitagmorgen sei am Bahnhof von Gubkin in der Region Belgorod ein Zug beobachtet worden, der aus Richtung der Ukraine kommend nach Sary Oskol im Gebiet von Belgorod unterwegs gewesen sei. Der Kanal vermutet, dass die Militärtechnik von dort zu einem anderen Abschnitt der Front im Donbass verlegt werde.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/LNrNg2DfCWwFzAObntOKk5lSNR7tipT5FYSh4j2ow5iP XxP-9QCy06uyrv3q9JWtrrmhci7gmBeQlgprV8g-jmEUGBQee6-SOcJ0IT_NLEkIHwK7h7GkLMtClM5-ZdwdheyrMrS_v7fk-cOcyw4fjDCMpyA7fIBUgktcKjE4e9Td44DD34nDgGn3WdvvGVkANdKBr3gw77HsHd0HW3PzoV2rLshiGy9qQacWaL6BsmcLTCV0DaWSws-O4WLHmupKZWCKn8iRELx0E0rtnyPMSqUZzYqKe8ePGSWuyRzVplUjtol1Q-Z8O3n1ClwE_LQIzRYjSfdBqzsMmYhtMIs-Q

22:53 de.rt.com: **Station in Aserbaidshan: Venezolanischer Präsident Maduro baut Zusammenarbeit mit Eurasien aus**

Bei einem Besuch in mehreren eurasischen und afrikanischen Ländern kam der Präsident Venezuelas am Freitag mit seinem aserbaidshanischen Amtskollegen zusammen. Dabei wurde eine Ausweitung der bilateralen Kooperation vereinbart.

Am Freitag machte der Präsident Venezuelas, Nicolás Maduro, im Rahmen eines Arbeitsbesuchs in mehreren eurasischen und afrikanischen Ländern Station in Aserbaidshan, wo er sich mit seinem Amtskollegen Ilham Alijew per Videokonferenz traf.

"Willkommen, Herr Präsident", begrüßte ihn Alijew in einer Erklärung, die vom staatlichen Fernsehsender Venezolana de Televisión übertragen wurde. Beide Seiten betonten die Bedeutung des Besuchs des venezolanischen Präsidenten in Aserbaidshan, der als Indikator für das hohe Niveau der politischen Beziehungen angesehen wird. Baku zeigte sich zuversichtlich, dass der Besuch des venezolanischen Präsidenten zur Entwicklung der

bilateralen Beziehungen beitragen wird. Der venezolanische Präsident betonte, dass Venezuela den Beziehungen zu der ehemaligen Sowjetrepublik große Bedeutung beimisst. Venezuela feierte im vergangenen Mai den 27. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Aserbaidshan, die Ende 2018 mit der Eröffnung einer diplomatischen Vertretung von Caracas in dem zentralasiatischen Land bekräftigt wurden.

Maduro würdigte bei seinem Besuch zudem die Arbeit Bakus auf multilateraler Ebene, einschließlich der Rolle, die es im Rahmen der Bewegung der Blockfreien Staaten spielt. Beide Länder haben bereits seit längerem in internationalen Organisationen, einschließlich der Bewegung der Blockfreien Staaten, erfolgreich zusammengearbeitet. Venezuela hatte die Verlängerung des aserbaidshanischen Vorsitzes in der Bewegung der Blockfreien Staaten um ein weiteres Jahr unterstützt.

Über die sozialen Netzwerke teilte der venezolanische Präsident am Donnerstagmorgen mit: "Es waren intensive und erfolgreiche Tage, neue Ziele sind in die internationale Arbeitsagenda aufgenommen worden. Wir sind bewegt von dem Engagement für die neue Menschlichkeit und das Wohlergehen unseres Volkes. Wir setzen die Konsolidierung der Siege fort!"

Das Format der Videokonferenz wurde gewählt, nachdem bei Mitgliedern der Delegation des südamerikanischen Staatschefs eine COVID-19-Infektion festgestellt worden war.

Der Besuch Maduros in Aserbaidshan ist der dritte seit seinem Amtsantritt im Jahr 2013. Er besuchte bei dieser Gelegenheit auch die Allee der Märtyrer in der aserbaidshanischen Hauptstadt Baku und das Denkmal des ehemaligen Präsidenten Heydar Alijew, der das politische Leben Aserbaidshans mehr als 30 Jahre lang prägte und den Maduro mit einem Kranz ehrte.

Zuvor hatte Maduro bereits die Türkei, Algerien, Iran, Kuwait und Katar besucht. Er traf unter anderem auch mit dem Obersten Führer Irans, Ayatollah Ali Chamenei, zusammen.

"Erfolgreiche und siegreiche Reise durch brüderliche eurasische und afrikanische Länder. Treffen mit Präsidenten und Geschäftsleuten, ein intensives Arbeitsprogramm, um Investitionen, Wissen und Technologie zu fördern und die venezolanische Wirtschaft zu diversifizieren – das ist der Weg!", twitterte Maduro.

Im Mittelpunkt der Treffen steht der Ausbau der Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Kohlenwasserstoffe, Wissenschaft und Technologie, Landwirtschaft, Verkehr, Energie, Tourismus und Kultur.

Erst vergangene Woche hatte US-Präsident Joe Biden es abgelehnt, den venezolanischen sowie den kubanischen und nicaraguanischen Regierungschef zum Amerika-Gipfel in Los Angeles einzuladen, woraufhin auch andere lateinamerikanische Länder ihre Teilnahme absagten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62acd3af48fbef71e4312998.jpg>

Der venezolanische Präsident Nicolas Maduro während einer Videokonferenz mit dem aserbaidshanischen Präsidenten Ilham Aliyev in Baku, Aserbaidshan, am 17. Juni 2022.

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Selenskij findet Annäherung an EU nicht nur für Ukraine positiv**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat in seiner Videoansprache vom Freitagabend in Kiew erklärt, ein Beitritt der Ukraine zur EU wäre auch ein Gewinn für die Europäische Union.

"Unsere Annäherung an die Europäische Union ist nicht nur für uns positiv. Das ist der größte Beitrag zur Zukunft Europas seit vielen Jahren."

Nur mit der Ukraine werde die EU in Zukunft ihre Macht, Selbstständigkeit und Entwicklung sichern können, erklärte der Politiker. Die Werte der Ukraine seien europäische Werte. Die Integration werde sich positiv für die Bürger auswirken:

"Je enger wir uns an andere europäische Länder halten, desto mehr Möglichkeiten werden wir haben, allen Ukrainern ein modernes, gesichertes Leben zu gewährleisten."

Die EU-Kommission hatte zuvor am Freitag in Brüssel empfohlen, der Ukraine und der Moldau den Status von Beitrittskandidaten zu geben. Entscheidend für die Anerkennung als Beitrittskandidat ist ein EU-Gipfel kommende Woche.

Für den EU-Beitritt muss ein Land mehrere Bedingungen erfüllen. Relevant sind vor allem die sogenannten Kopenhagener Kriterien, die im Jahr 1993 bei einem EU-Gipfel in der dänischen Hauptstadt festgelegt worden sind. Zu ihnen gehören institutionelle Stabilität, eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten. Zudem müssen Kandidatenländer unter anderem das äußerst komplexe und umfassende EU-Recht anwenden können und gewährleisten, dass es wirksam durch die nationale Verwaltung und Justiz umgesetzt wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ad5b7d48fbef6f51362c9d.jpg>

7:31 de.rt.com: **Rumänien mit Getreideexport aus Ukraine überfordert**

Der Ukraine-Krieg hat Rumänien mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, als Ausweichroute für den Export von Getreide aus dem Nachbarland zu dienen. Wegen der mangelhaften Transport-Infrastruktur bezeichnet Rumäniens Präsident Klaus Iohannis dieses Problem als "logistische Herausforderung von epischem Ausmaß". Florin Goidea, Generaldirektor des größten rumänischen Schwarzmeer-Hafens Constanța, sieht im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur keine schnelle Lösung.

Seit Beginn des Ukraine-Krieges bis Anfang Juni hätten 15 Schiffe mit insgesamt 242.000 Tonnen ukrainischen Getreides Constanța verlassen, sagt Goidea. Das wären gerade einmal 1,21 Prozent der 20 Millionen Tonnen Getreide der Ernte aus dem Vorjahr, welche die

Ukraine derzeit exportieren will.

"Mehr als 80 Prozent des ankommenden ukrainischen Getreides erreicht unseren Hafen auf kleinen Frachtschiffen über die Donau."

Demnach müssen diese Flussfrachter donauaufwärts fahren, von den ukrainischen Donauhäfen Reni und Ismail aus – zunächst auf dem mäandernden Chilia-Arm des Deltas bis nach Cernavodă im Landesinneren und von dort auf dem Donau-Schwarzmeer-Kanal nach Constanța. Das sind von Ismail aus insgesamt gut 320 Kilometer.

Der Weg per Lastwagen ist noch schwieriger: Die Lkw aus der Ukraine müssen wegen der Formalitäten teils wochenlang an den Grenzübergängen warten. Im Hafen Constanța wiederum verursachen schon die täglich 20 bis 25 ankommenden ukrainischen Getreidelaster Gedränge.

Der Zugang auf Schienen ist so gut wie blockiert, weil die rumänische Staatseisenbahn CFR am Hafenbahnhof 700 ausgediente Waggons abgestellt hatte, von denen inzwischen mehr als die Hälfte entfernt wurden. 35 Schienenstränge am Hafen sollen für 40,8 Millionen Euro modernisiert werden, so Transportminister Sorin Grindeanu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ad62ee48fbef548c1421d9.jpg>

Die Seepromenade in Constanța mit dem Hafen im Hintergrund

8:05 de.rt.com: **Medienbericht: US-Regierung legt Drohnenverkauf an Ukraine vorerst auf Eis**

Die Nachrichtenagentur Reuters [berichtet](#) unter Berufung auf zwei informierte Quellen, dass die US-Regierung ihren Plan gestoppt haben soll, der Ukraine vier waffentaugliche Drohnen vom Typ [MQ-1C Gray Eagle](#) im Wert von 40 Millionen US-Dollar zu liefern. Der Schritt wird mit der Befürchtung begründet, dass die ausgeklügelte Überwachungs-ausrüstung in feindliche Hände fallen könnte. Die Agentur zitiert Pentagon-Sprecherin Sue Gough mit den Worten:

"Technologische Sicherheitsüberprüfungen sind ein Standardverfahren für den Transfer von US-Verteidigungsartikeln an alle internationalen Partner. Durch den etablierten Prozess werden nationale Sicherheitsbedenken an die zuständige Genehmigungsbehörde weitergeleitet."

Die Entscheidung, ob das Geschäft fortgesetzt werden soll oder nicht, wird nun auf einer höheren Ebene im Pentagon geprüft. Der Zeitpunkt einer Entscheidung ist ungewiss, berichtet Reuters unter Berufung auf einen anonymen US-Beamten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ad670548fbef548c1421dc.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 18.06.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

24 Mann;

6 Schützenpanzerwagen;

7 Fahrzeuge.

Auf einem der Übungsplätze der Volksmiliz der LVR haben Spezialisten des internationalen Minenräumungszentrums der RF für die Pioniere der Volksmiliz der LVR praktische Übungen zur Suche und Entschärfung von Sprengeneinrichtungen durchgeführt.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien.

So hat gestern die Verwaltung von Sewastopol gemeinsam mit der Gesamtrussischen Volksfront und der Volksmiliz der DVR humanitäre Güter in Form von Mehl und Sonnenblumenöl geliefert, um den Betrieb der Bäckerei in Rubeshnoje wieder aufzunehmen.

8:39 de.rt.com: Polen fordert vor EU-Ministertreffen weitere Russland-Sanktionen

Polen hat weitere Strafmaßnahmen gegen Russland gefordert, um Moskau im Ukraine-Krieg zum Einlenken zu bewegen. Der Sprecher des Außenministeriums, Łukasz Jasina, sagte der Welt am Sonntag vor dem Treffen der EU-Außenminister am Montag in Luxemburg:

"Aus unserer Sicht muss ein siebtes Sanktionspaket so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden. Wir müssen den Druck aufrechterhalten."

Warschau genieße die Unterstützung der baltischen Länder und hoffe, dass auch die übrigen EU-Staaten härteren Sanktionen gegen Russland zustimmen würden.

Der polnische Vizeaußenminister Marcin Przydacz erklärte dem Blatt, dass das sechste Sanktionspaket Russland hart getroffen habe. Es habe jedoch "Putin und seine Militärmaschine noch nicht ausreichend" geschwächt. Es brauche also weitere und härtere Sanktionen. Warschau schlage seinen europäischen Partnern vor, europäische Technologieexporte nach Russland vollständig zu unterbinden. Zudem müsse die EU "stärker gegen russische Banken vorgehen und gegen russische Propaganda- und Desinformationskanäle".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ad6c3cb480cc04347f94f6.jpg>

9:02 de.rt.com: **Russische Militärpioniere entminen Strand in Mariupol**

Russische Minenräumer haben einen Strand in der Nähe der schwer zerstörten Hafenstadt Mariupol sicher gemacht. Die russische Agentur RIA Nowosti zitiert den Kommandeur der Seebasis in der russischen Schwarzmeer-Stadt Noworossijsk, Wiktor Kotschewasow, mit den Worten:

"Der Strand ist minenfrei. Die Bevölkerung der Stadt kann hierherkommen, um sich hier in der heiteren und warmen Sonne zu bräunen und im Asowschen Meer zu baden."

Auf einem von der Agentur verbreiteten Video ist zu sehen, wie bei dem Einsatz die Minen im Wasser explodieren.

Nach Angaben eines Korrespondenten seien bei den Minenräumarbeiten mehrere Sprengsätze zerstört worden, die das ukrainische Militär Anfang dieses Jahres gegen Landungsschiffe aufgestellt habe. Solche Minen hätten zuvor den Tod einer Großmutter und ihres Enkels herbeigeführt.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 18.6.22 um 10:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 440 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“ sowie Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm abgefeuert.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 3 Zivilisten und 10 wurden verletzt**. 51 Wohnhäuser, 8 zivile Infrastrukturobjekte und 2 Fahrzeug wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Lastwagen und mehr als 50 Mann. 2 Feuerstellungen des Feindes im Gebiet von Awdejewka und Opytnoje wurden beseitigt.

9:33 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet 63 ukrainische Angriffe binnen 24 Stunden und drei tote Zivilisten**

Die Behörden in Donezk haben in den vergangenen 24 Stunden 63 Angriffe der ukrainischen Armee registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 420 Geschosse abgefeuert. Dadurch kamen drei Zivilisten ums Leben. Bei ihnen handelte es sich um drei Einwohnerinnen der Ortschaften Gorlowka und Werchnetorezkoje. Elf weitere Einwohner von Donezk, Gorlowka, Jassinowataja und Makejewka erlitten Verletzungen. Durch die ukrainischen Angriffe wurden 51 Häuser und acht zivile Infrastruktur-Objekte in drei Bezirken von Donezk, Alexandrowka, Gorlowka und Makejewka beschädigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ad773cb480cc052557a40f.jpg>

Feuerwehrleute löschen am 17. Juni 2022 einen Brand in Donezk, der durch ukrainischen Beschuss ausgebrochen ist

10:10 de.rt.com: **Lugansk: Evakuierung von Zivilisten aus Asot-Werk erst nach Zerstörung ukrainischer Stellungen um Lissitschansk möglich**

Der Botschafter der Volksrepublik Lugansk in der Russischen Föderation, Rodion Miroschnik, ist der Meinung, dass eine vollwertige Evakuierung von Zivilisten aus dem Chemiewerk Asot in Sewerodonezk erst nach der Zerstörung ukrainischer Feuerstellungen um Lissitschansk möglich sei. Denn die größte Gefahr komme nicht vom Gelände des Betriebs, sondern von den dominierenden Höhen um die Nachbarstadt. Von dort aus werde Sewerodonezk mit Artilleriegeschützen und Mörsern beschossen. Die russische Armee und die Lugansker Volksmiliz seien gerade dabei, diese Gefahr zu beseitigen. Miroschnik zufolge gebe es nach wie vor keine Vereinbarung über die Eröffnung eines humanitären Korridors aus dem Industriegelände und über die Kapitulation der ukrainischen Kämpfer.

"Der wichtigste Grund dafür ist, dass sich die Ukraine weigert, eine Feuerpause zu garantieren, ohne die keine Evakuierung möglich ist."

Das Chemiewerk Asot befindet sich in der Stadt Sewerodonezk in der Volksrepublik Lugansk. Die Stadt befindet sich unter der Kontrolle der russischen Armee und der Lugansker Volksmiliz. Auf dem Betriebsgelände haben sich jedoch zahlreiche ukrainische Soldaten verschanzt. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums halten sie mehrere Zivilisten in ihrer Gewalt und benutzen sie als menschliche Schutzschilde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ad7d6c48fbef74565a77a1.jpg>

Chemiewerk Asot in Sewerodonezk, 16. Juni 2022

10:39 de.rt.com: **Ukraine will Verhandlungen mit Russland im August wieder aufnehmen**

Der ukrainische Chefunterhändler Dawid Arachamija will erst Ende August nach der Durchführung von Gegenangriffen die Friedensverhandlungen mit Russland wieder aufnehmen. Ende August werde die Ukraine eine bessere Verhandlungsposition haben, sagte er in einem am Samstag erschienenen Interview mit dem Sender Voice of America.

"Ich denke, wir werden eine Operation mit Gegenangriffen an verschiedenen Orten führen." Details dazu nannte Arachamija nicht.

Die Verhandlungen über eine Friedenslösung hatten kurz nach dem Ausbruch des Krieges begonnen. Ende März schlug Kiew bei den Gesprächen in Istanbul unter anderem vor, auf einen NATO-Beitritt zu verzichten, wenn das Land im Gegenzug internationale Sicherheitsgarantien bekäme. Später kamen die Gespräche zum Erliegen. Verhandelt wurde zuletzt nur noch über Detailfragen wie den Austausch von Gefangenen, aber keine grundsätzliche Lösung mehr.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ad814248fbef548c1421ea.jpg>

Dan-news.info: Die Lieferung von Wasser an die Bevölkerung von Donezk wird wegen Beschusses von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine um 12 Uhr gestoppt werden, teilte der Bürgermeister von Donezk Alexej Kulemsin mit.

Zuvor waren Wasserlieferungen in sechs Stadtbezirke geplant worden.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde auch bekannt, dass zwei Zivilisten im Petrowskij- und im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk verletzt wurden, die Stadt ist heute das Hauptangriffsziel des Feindes. Beschossen wurden fünf von neun Bezirken – der Norden, der

Westen und das Zentrum der Hauptstadt. Aufgrund des Beschusses ist der Verkehr der Trolleybuslinie 14 eingestellt.

10:51 de.rt.com: **Ukrainischer General: Wir haben etwa 50 Prozent unser schweren Waffen verloren**

Kiew hat seine materiellen Verluste seit Kriegsbeginn bekannt gegeben. Nach Angaben eines Militärangehörigen hat die Ukraine bis zur Hälfte ihrer schweren Waffen verloren. Westliche Lieferungen seien nicht in der Lage, die Lücke zu schließen, heißt es weiter.

Die Ukraine habe bis zu 50 Prozent ihres Bestands an schweren Waffen verloren, darunter 400 Panzer, wie Wladimir Karpenko, der stellvertretende Verteidigungsminister der Ukraine, Anfang der Woche inmitten der laufenden russischen Militäroffensive in seinem Land erklärte. Karpenko, der für die Logistik der ukrainischen Landstreitkräfte zuständig ist, sagte in einem Interview mit dem US-Magazin National Defense, dass die Verluste bei der Ausrüstung "infolge aktiver Gefechte" 30 bis 40, manchmal sogar bis zu 50 Prozent betragen. Der Brigadegeneral führte an:

"Wir haben also etwa 50 Prozent verloren. Schätzungsweise 1.300 Infanterie-Kampffahrzeuge wurden verloren, 400 Panzer, 700 Artilleriesysteme."

Der stellvertretende ukrainische Verteidigungsminister, Denis Scharapow, erklärte in demselben Interview, dass die westlichen Lieferungen den Bedarf der Ukraine nicht decken würden. Scharapow sagte:

"Wir haben eine große Anzahl an Waffensystemen erhalten, aber leider deckt dies nur 10 bis 15 Prozent unseres Bedarfs."

Die genaue Zahl der von Kiew benötigten schweren Waffen nannte Scharapow nicht, er unterstrich jedoch, dass "der Bedarf an schweren Artilleriesystemen in die Hunderte geht". Er ergänzte:

"Wir brauchen Artillerie, wir brauchen Artilleriegeschosse, Infanterie-Kampffahrzeuge, Kampffahrzeuge, Panzer. Wir brauchen wirklich Luftabwehrsysteme und das Mehrfachraketen-System."

Auch die Lieferung von Präzisionswaffensystemen sei wichtig, fügte Scharapow hinzu, denn das ukrainische Militär ist der Ansicht, dass solche Systeme ihm "einen Vorteil gegenüber dem Feind, die Überlegenheit in diesem Krieg" verschaffen würden.

Der stellvertretende Verteidigungsminister räumte ein, dass die westlichen Länder bei der Organisation von Waffentransfers in die Ukraine mit Problemen zu kämpfen haben, wie etwa der Einholung der Genehmigung für Technologietransfers von allen Eigentümern der betreffenden Subsysteme. Doch Scharapow betonte, dass "nicht alle Politiker den Ernst der Lage in der Ukraine verstehen". Er fügte hinzu:

"Deshalb möchten wir diese Gelegenheit nutzen, um die ganze Welt noch einmal darauf aufmerksam zu machen, dass dieser Krieg nicht nur in der Ukraine stattfindet, sondern die ganze Welt betrifft."

Brigadegeneral Karpenko wurde etwas konkreter und gab eine Schätzung des Bedarfs der Ukraine ab.

"Überlegen Sie einmal: Eine Brigade nimmt etwa 40 Kilometer der Frontlinie ein. Das bedeutet, dass wir 40 Brigaden brauchen, um den aktiven Kampfkonflikt abzudecken. Jede Brigade besteht aus 100 Schützenpanzern, 30 Panzern, 54 Artilleriesystemen – nur für eine Brigade, und wir haben 40 davon."

Russland hat den Westen unterdessen immer wieder davor gewarnt, die Ukraine mit Waffen "vollzupumpen", da dies zu einer Verlängerung des Konflikts und zu einer Vielzahl lang anhaltender Probleme führen würde. Moskau machte auch deutlich, dass seine Streitkräfte jede ausländische Waffe in der Ukraine als legitimes Ziel betrachten würden.

Die Bekanntgabe der Zahlen zu den Verlusten bei der Ausrüstung erfolgte weniger als eine

Woche, nachdem der Berater des ukrainischen Präsidenten, Alexei Arestowitsch, mitgeteilt hatte, dass die Streitkräfte seines Landes seit Beginn der russischen Offensive Ende Februar rund 10.000 Mann verloren hätten. Arestowitsch behauptete allerdings zugleich, dass die Verluste Moskaus um ein Vielfaches höher seien.

Die vom russischen Verteidigungsministerium veröffentlichten Zahlen zu den Verlusten der ukrainischen Armee sind wiederum deutlich höher als die, die Arestowitsch nannte. Mit Stand vom 18. April lagen die Verluste bei 23.367.

Russland legte seine eigenen Verluste – weder an Ausrüstung noch an Soldaten – bislang nicht offen. Anfang des Monats behauptete der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der russischen Duma, Andrei Kartapolow, dass die russische Armee aufgrund von Änderungen in der Militärstrategie "praktisch keine Menschen mehr verliert". Aus diesem Grund habe das Verteidigungsministerium seit März, als es 1.351 getötete Militärangehörige meldete, keine aktuellen Angaben mehr zu den Verlusten gemacht, sagte er.

Im April erklärte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow, Russland habe "erhebliche Truppenverluste" erlitten, was "eine große Tragödie" sei.

Russland griff den Nachbarstaat Ende Februar an, nachdem die Ukraine die 2014 unterzeichneten Minsker Vereinbarungen nicht umgesetzt und Moskau schließlich die Donbass-Republiken Donezk und Lugansk anerkannt hatte. Mit den von Deutschland und Frankreich vermittelten Minsker Abkommen sollten die abtrünnigen Regionen einen Sonderstatus innerhalb des ukrainischen Staates erhalten.

Der Kreml hat seitdem gefordert, dass sich die Ukraine offiziell zu einem neutralen Land erklärt, das der von den USA angeführten NATO-Militärallianz niemals beitreten wird. Kiew beharrt darauf, dass die russische Offensive völlig unprovokiert war und "eine Aggression" darstelle.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ad91f948fbef72a3757303.jpg>

Ein verbrannter ukrainischer Panzer am 31. Mai 2022 im ukrainischen Kolytschiwka

11:05 de.rt.com: **Russlands Katastrophenschutz befördert mehr als 1.800 Tonnen Hilfsgüter an Einwohner von Donbass und Ukraine**

Das russische Katastrophenschutzministerium hat nach eigenen Angaben zuletzt mehr als 1.800 Tonnen humanitäre Hilfe in den Donbass und die Ukraine geliefert. Demnach enthielt die Ladung Flaschenwasser, Nahrungsmittel, Medikamente und Baumaterialien.

Außerdem teilte die Behörde mit, dass ihre Sprengstoffexperten bereits 167 Hektar Fläche auf Sprengsätze abgesucht hätten. Dabei seien fast 37.000 gefährliche Gegenstände entschärft worden.

Darüber hinaus berichtete der russische Katastrophenschutz von Räumarbeiten in zerstörten Wohngebieten. Die Trümmer seien inzwischen auf einer Fläche von fast 135.000

Quadratmetern geräumt worden. Mehr als 140.000 Kubikmeter Bauschutt seien weggeschafft worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ad863f48fbef71e2695821.jpg>
 Mitarbeiter des russischen Katastrophenschutzes entladen am 20. Mai 2022 einen Lkw mit Hilfsgütern für die Einwohner der Siedlung Jazkowka in der Volksrepublik Donezk

11:37 de.rt.com: **Russische Forschungsinstitute untersuchen in Ukraine erbeutete westliche Waffen**

Am Rande des Sankt Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums (SPIEF) hat der russische Vizepremierminister Juri Borisow der Nachrichtenagentur Interfax mitgeteilt, dass russische Forschungsinstitute westliche Waffen untersuchen, die das russische Militär in der Ukraine erbeutet.

"Wenn wir irgendein Waffenstück kriegen, wird es in der Regel an fachkundige Institute übergeben, damit sie es anschauen und analysieren. Nicht nur wir tun so etwas."

Gleichzeitig erklärte das hochrangige Regierungsmitglied, er sehe kein Risiko, dass modernste russische Technologien, die zum Beispiel in den Hyperschallraketen des Typs Kinschal verwendet würden, in gegnerische Hände geraten könnten. Borisow zufolge seien solche Waffen ein äußerst ausgeklügeltes Erzeugnis. Selbst wenn man eine Hightech-Waffe in einzelne Teile zerlege und versuche, sie nachzubauen, sei es alles andere als sicher, dass die Nachahmung über die gleichen technischen Eigenschaften verfügen würde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ad930548fbef74565a77bf.jpg>
 Russische Armeeangehörige zeigen im Donbass erbeutete Panzerabwehrlenk Waffen vom Typ Javelin, 15. März 2022

nachmittags:

12:05 de.rt.com: **Gazprom stoppt vorübergehend Gaslieferungen durch TurkStream**

Das russische Energieunternehmen Gazprom wird vom 21. bis zum 28. Juni keine Gasexporte durch die beiden Strände der Pipeline TurkStream gewährleisten. Der Schritt wird mit planmäßigen technischen Wartungsarbeiten begründet. Die Einstellung der Gaslieferung sei im Voraus mit allen Seiten abgesprochen worden.

Durch TurkStream liefert Russland Gas in die Türkei. Durch die Pipeline werden auch Transitlieferungen nach Süd- und Südosteuropa abgewickelt.

12:34 de.rt.com: **Scholz sichert Ukraine weitere Hilfen zu**

Bundeschancellor Olaf Scholz hat der Ukraine weitere Hilfen im Kampf gegen Russland zugesichert. Der SPD-Politiker sagte in einer am Samstag erstmals [veröffentlichten](#) Videobotschaft:

"Wir werden weiter finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Wir werden beim Wiederaufbau helfen. Wir werden weiter Waffen liefern, die dringend notwendig sind für die Verteidigung der Unabhängigkeit der Ukraine."

Scholz betonte, Russland habe die Ukraine überfallen. Viele Menschen seien schon gestorben, viele Häuser, viele Städte und Dörfer seien zerstört. Der Bundeskanzler erwähnte seinen Besuch in der ukrainischen Hauptstadt Kiew am Donnerstag zusammen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Es gehe nun darum, die Solidarität auch mit einer Perspektive zu verbinden. Ein EU-Beitrittskandidatenstatus sei notwendig für die Ukraine.

13:17 de.rt.com: **Massiver Beschuss auf Donezk: Behörden melden zwei Tote und mehrere Verletzte**

Die Behörden von Donezk berichten über einen massiven Artillerieangriff aus der Ukraine. Demnach gerieten mehrere Bezirke der Hauptstadt der Volksrepublik unter Beschuss. Bürgermeister Alexei Kulemsin teilte mit, dass die ukrainischen Kräfte am Samstag mehr als 60 Geschosse auf Donezk abgefeuert hätten. Dabei seien mehrere Häuser teils schwer beschädigt worden. Auch ein Gebäude der Nationalen Universität sei zu Schaden gekommen. Einwohner von Donezk [posten](#) in den sozialen Netzwerken Fotos und Videos, die Rauchsäulen über der Stadt zeigen. Es sind auch Explosionen zu hören.

Der örtliche Katastrophenschutz teilte inzwischen mit, dass bei einem ukrainischen Angriff zwei seiner Mitarbeiter ums Leben gekommen seien. Ein Feuerwehrmann sei getötet worden, als er mit seinen Kollegen gerade einen durch ein Geschoss verursachten Brand gelöscht habe. Ein anderes Geschoss sei sieben Meter entfernt von dem Löschfahrzeug eingeschlagen. Drei weitere Feuerwehrleute und der Fahrer seien verletzt worden und dieser später im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

13:36 de.rt.com: **Lawrow im BBC-Interview: Westlicher Blick auf Russland spielt keine Rolle**

In einem Interview mit der britischen BBC stellte der Korrespondent des Senders dem russischen Außenminister Sergei Lawrow eine Reihe kritischer Fragen. Das Interview entwickelte sich zunehmend in ein Streitgespräch, bei dem der Außenminister schließlich die Rolle des kritischen Fragestellers selbst in die Hand nahm.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow gewährte dem britischen Staatssender BBC am Rande des St. Petersburger Wirtschaftsforums ein [Interview](#). Die Fragen stellte der BBC-Korrespondent Steve Rosenberg, der in den letzten Jahren auch den russischen Präsidenten Wladimir Putin bereits mehrmals auf seiner jährlichen Pressekonferenz befragen konnte.

Im Unterschied zur Situation in westlichen den Ländern, wo es russischen Journalisten nicht erlaubt ist, mit Top-Politikern zu sprechen, durfte Rosenberg Lawrow auch in der derzeitigen Situation eines faktischen Stellvertreterkrieges zwischen Russland und Großbritannien kritische Fragen stellen. So vertrat der Journalist die Ansicht, dass Russlands Invasion in der Ukraine ungerechtfertigt und unproviziert gewesen sei und nun für Russland und die Zivilbevölkerung im Donbass unnötige Verluste verursache.

Daraufhin entwickelte sich das Interview schnell in ein Streitgespräch, bei dem auch der russische Außenminister selbst mehrmals die Rolle des kritischen Fragestellers einnahm. So warf er der BBC und anderen westlichen Medien wie der deutschen ARD vor, über die Ereignisse im Ukraine-Konflikt selektiv und nicht wahrheitsgemäß zu berichten und die Vorgeschichte der russischen Militäroperation in der Ukraine nicht zu berücksichtigen. Die westlichen Länder hätten alles vergessen, was dem Beginn der Militäroperation in der Ukraine am 24. Februar vorausgegangen sei, um allein Moskau für den Beginn der Kämpfe verantwortlich zu machen. Die sei ein weiteres Beispiel für "Cancel Culture".

Im Anschluss warf der Journalist die Frage auf, ob die russischen Behörden eine Invasion auch in andere Länder planten. Rosenberg bezog sich dabei auf die Aussage des russischen Präsidenten Wladimir Putin, dass Zar Peter der Große während des Großen Nordischen Krieges nicht ins schwedische Gebiet "einmarschiert" sei, sondern dass er lediglich die eigenen Gebiete an Russland "zurückgegeben" habe. "Wie viele und welche Gebiete werden Sie noch zurückgeben?", fragte der Journalist.

Daraufhin sagte der Minister, Putin habe bereits "alles gesagt" und dem sei nichts hinzuzufügen.

"Ich sage es Ihnen noch einmal: Sie versuchen, alles zu vergessen, was diesem Ereignis vorausging. Sie leugnen, bestreiten, wollen nicht hören, was dem 24. Februar, was der Abstimmung auf der Krim, vorausging. Sie geben sich nicht damit zufrieden, dass wir sehr geduldig sind. Aber wenn unser Geduldsfaden 'reißt', reagieren wir auf die Grobheit und Demütigung des russischen Volkes, wie beim Staatsstreich [in der Ukraine] im Februar 2014", sagte Lawrow.

Als der Korrespondent Lawrow nach dem Schicksal der britischen Kämpfer fragte, die während der Kämpfe gefangen genommen und in der Volksrepublik Donezk als Söldner zum Tode verurteilt wurden, antwortete Lawrow, dass diese Frage an die Volksrepublik Donezk gerichtet werden sollte. "In den Augen des Westens ist Russland für das Schicksal dieser Menschen verantwortlich", konterte Rosenberg, doch Lawrow unterbrach ihn:

"Ich bin überhaupt nicht daran interessiert, wer in den 'Augen des Westens' dafür verantwortlich ist. Ich interessiere mich nur für das Völkerrecht, nach dem Söldner keine Kombattanten sind. Wie es in Ihren Augen ist, spielt also keine Rolle."

Als Rosenberg protestierte, die beiden Männer seien keine Söldner, sondern hätten im ukrainischen Militär gedient, wendete Lawrow ein, dies sei Sache des Gerichts – eines so legitimen und unabhängigen Gerichts, wie es auch die britischen Gerichte seien.

Die beiden britischen Staatsangehörigen Shaun Pinner und Aiden Aslin gehörten zu einem Trio ausländischer Kämpfer, die als Söldner letzte Woche vom Obersten Gericht in Donezk verurteilt wurden. Sie wurden zusammen mit dem marokkanischen Staatsbürger Ibrahim Saadun zum Tode verurteilt.

In dem Gespräch ging es schließlich auch um die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien. Beide bewerteten diese als äußerst schlecht, wobei Lawrow darauf hinwies, dass Großbritannien "Russland in die Knie zwingen" wolle. "Die (britische) Regierung kümmert sich nicht um Interessen ihres eigenen Volkes, sondern nur um die nächsten Wahlen", merkte er an.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62ada0fe48fbef714915a327.jpg>

Der russische Außenminister Sergei Lawrow im Gespräch mit dem BBC-Korrespondenten Steve Rosenberg

13:40 de.rt.com: **Russland meldet Abschuss eines ukrainischen Mi-24-Hubschraubers**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat auf seinem Pressebriefing am Samstagnachmittag über weitere russische Angriffe auf militärische Ziele in der Ukraine berichtet. Mit hochpräzisen Raketenschlägen seien in der Nähe von Kremenchug und Lissitschansk Anlagen zur Erdölverarbeitung und Brennstoffdepots zerstört worden. Darüber hinaus seien zwölf Feuerstellungen der ukrainischen Artillerie außer Gefecht gesetzt worden.

Innerhalb der letzten 24 Stunden habe die russische Luftwaffe 62 Ansammlungen von Technik und Personal der ukrainischen Streitkräfte angegriffen. Dadurch seien mehr als 160 ukrainische Nationalisten getötet worden. Zerstört worden seien ein Flugabwehrraketensystem vom Typ Buk-M1, fünf Mehrfachraketenwerfer vom Typ Grad, sechs Panzer und Panzerfahrzeuge, acht Artilleriegeschütze und drei Munitionslager, erklärte Konaschenkow.

Der Behördensprecher berichtete auch, dass die russische Flugabwehr in der Nähe der Ortschaft Kamyschewacha ein ukrainisches Su-25-Kampfflugzeug abgeschossen habe.

Außerdem sei in der Nähe der Ortschaft Archangelskoje ein Mi-24-Hubschrauber abgeschossen worden. Die Ukraine habe zudem in der Volksrepublik Lugansk sowie in den Gebieten Cherson, Charkow und Saporoschje acht Drohnen, darunter eine vom Typ Bayraktar TB-2, verloren. Die russische Flugabwehr habe überdies vier ukrainische ballistische Totschka-U-Raketen und 24 reaktive Uragan-Geschosse abgefangen.

Bei zahlreichen russischen Artillerieangriffen seien Konaschenkow zufolge über 310 ukrainische Kämpfer getötet worden. Zehn Panzer und andere Panzerfahrzeuge, drei Mehrfachraketenwerfer vom Typ Grad und neun Artilleriegeschütze seien außer Gefecht gesetzt worden.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 206 Flugzeuge, 132 Hubschrauber, 1.241 Drohnen, 343 Flugabwehrraketensysteme, 3.613 Panzer und andere Panzerfahrzeuge, 547 Mehrfachraketenwerfer sowie 2.032 Geschütze und Mörser verloren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62adb61848fbef714915a33a.jpg>

14:52 (13:52) novorosinform.org: „**Was und mit wem?„: Medwedew äußerte sich zu der Idee, die Verhandlungen mit der Ukraine wieder aufzunehmen**

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation Dmitri Medwedew kommentierte die Erklärung des Leiters der ukrainischen Delegation David Arakhania über die Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses Ende August.

Im Allgemeinen ließ der Politiker eine Rückkehr zu den Verhandlungen zu, nahm aber in seinem Telegram-Kanal eine Präzisierung vor.

"Das ist möglich. Die Frage ist, ob es etwas zu besprechen gibt und mit wem", schrieb Medwedew..

David Arakhania (der Verhandlungsführer der ukrainischen Seite – A.d.Ü.) hatte zuvor während eines Interviews mit einem Radiosender erklärt, dass die Ukraine am Ende des Sommers aus einer Position der Stärke verhandeln werde, da eine ernsthafte Gegenoffensive geplant sei.



https://novorosinform.org/content/images/70/64/47064_720x405.jpg

14:04 de.rt.com: **Union fordert in Antrag schnelle Waffenlieferungen an die Ukraine**

Kurz nach dem Besuch von Kanzler Olaf Scholz in Kiew will die Union den Druck zur Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine erhöhen. In einem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion heißt es, die deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine sollten "in Quantität und Qualität unverzüglich und spürbar" intensiviert werden. Der Antrag liegt der Deutschen Presse-Agentur vor. Er sei final in der Fraktion abgestimmt, so ein Sprecher. Über den Antrag soll in der kommenden Woche im Bundestag beraten werden.

Die Bundesregierung hat der Ukraine sieben Panzerhaubitzen, drei Mehrfachraketenwerfer, etwa 50 Flugabwehrpanzer vom Typ Gepard und ein Raketenabwehrsystem vom Typ Iris-T

zugesagt. Kritisiert wird jedoch immer wieder, dass die Waffen zu spät geliefert werden. Alle von der Bundesregierung eingeleiteten und angekündigten Lieferungen schwerer Waffen seien über das Ankündigungsstadium und vorbereitende Maßnahmen nicht hinausgekommen, heißt es im Unionsantrag. Aus verfügbaren Beständen der Bundeswehr sollten in größtmöglichem Umfang Rüstungsgüter direkt für die Ukraine bereitgestellt und unverzüglich dorthin geliefert werden, inklusive schwerer Waffen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62adb8a0b480cc79915cec74.jpg>

14:41 de.rt.com: **Medienbericht: Anschlag auf Leiter des Strafvollzugs in Cherson**

Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtet unter Berufung auf eine Quelle in den russischen Sicherheitsbehörden, dass der Leiter des ukrainischen Strafvollzugs im ukrainischen Gebiet Cherson bei einem Anschlag verletzt und in ein Krankenhaus eingeliefert worden sei. Das Leben von Jewgeni Sobolew sei außer Gefahr. Für die Attacke seien ukrainische Terroristen verantwortlich.

Laut Medienberichten sei der Sprengsatz an einem Baum in der Nähe des Parkplatzes von Sobolews Pkw befestigt worden. Durch die Explosion habe nicht nur der Fahrer, sondern auch ein vorbeifahrender Radfahrer Verletzungen erlitten. In den benachbarten Häusern seien Fensterscheiben kaputtgegangen.

In den sozialen Netzwerken macht ein [Video](#) die Runde, das die Folgen der mutmaßlichen Attacke zeigen soll.

Das Gebiet Cherson wird von der russischen Armee kontrolliert. Die Region wird von einer militärisch-zivilen Verwaltung regiert. Die örtlichen Behörden wollen der Russischen Föderation beitreten.

15:50 (14:50) novorosinform.org: **Mehr als 50 Gebäude durch Totschka-U-Einschlag in Krasny Lutsch zerstört – Video veröffentlicht**

In Krasny Lutsch werden weiterhin die Folgen des Angriffs der ukrainischen taktischen Rakete „Totschka-U“ registriert, der am Abend des 16. Juni stattfand. Die regionale Abteilung des Ministeriums für Notsituationen der LVR gab die Zerstörung von 51 Gebäuden bekannt, darunter die Schule Nr. 7 und das nach der Zeitung „Iswestija“ benannte Gebäude des Bergwerks.

Der Hauptschaden wurde dem Dorf Mirny zugefügt, das an die Lagerhäuser des Werks „Krasny Lutsch“ angrenzt. Dort wurden Dutzende Privathäuser durch Feuer zerstört. „Informationen über die Opfer, die brennende Fläche, den Verlust und die Menge des geborgenen Eigentums werden derzeit ermittelt“, teilte das Ministerium für Notsituationen in

einer Erklärung mit.

Im Internet wurde auch ein im Dorf Mirny gedrehtes [Video](#) von Augenzeugen veröffentlicht.



https://novorosinform.org/content/images/70/54/47054_720x405.jpg

15:30 de.rt.com: **Ja zur EU, aber keine Kosovo-Anerkennung: Vučić pocht auf territoriale Integrität Serbiens**

Serbien wird den Kosovo nicht als unabhängigen Staat anerkennen. Dies gab der serbische Präsident Aleksandar Vučić kürzlich bekannt. Zuvor hatten westliche Politiker Belgrad gegenüber erklärt, dass nur bei einer Anerkennung ein künftiger EU-Beitritt Serbiens möglich sei.

Angeblich sei der serbische Präsident Aleksandar Vučić sehr überrascht gewesen, als vor wenigen Tagen Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch in Serbien klar und unmissverständlich erklärt hatte, dass ein Beitritt Serbiens zur EU ohne Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo nicht möglich sei. Scholz hatte bei seinem Aufenthalt sowohl in Belgrad als auch zuvor in der kosovarischen Hauptstadt Priština gesagt, dass "eine gegenseitige Anerkennung notwendig" sei, um Teil der Staatengemeinschaft zu werden. Doch für seine Forderung hatte Scholz nach Ansicht vieler politischer Analysten und Journalisten in Serbien nichts in seinem "Reisekoffer" mitgebracht. Die Verweise – ohne Nennung eines konkreten Datums – auf eine "europäische Perspektive" des Landes allein seien daher nicht genug, um Vučić zu so einem "Opfer" zu bewegen. Belgrad betrachtet Kosovo und Metochien, wie die abtrünnige Provinz offiziell auf Serbisch heißt, als Teil seines Staatsterritoriums. Auch in der Bevölkerung würde ein solcher Schritt Vučićs nicht auf Zustimmung stoßen, wie Umfragen zeigen. Laut einer jüngsten Erhebung erklärten fast 85 Prozent der Befragten, dass sie nicht bereit seien, Kosovos Unabhängigkeit im Gegenzug für einen EU-Beitritt anzuerkennen.

Aus Brüssel erreichten Serbien diese Woche auch Nachrichten, wonach der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments (AFET) am Dienstag einen Bericht angenommen hatte, in dem hervorgehoben wurde, dass "ein endgültiges Abkommen zwischen Serbien und Kosovo in eine gegenseitige Anerkennung" münden müsse. Zugleich wurde Serbien in dem Bericht abermals aufgefordert, seine Außenpolitik an die der EU anzugleichen und Sanktionen gegen Russland wegen dessen Militäroffensive in der Ukraine zu verhängen. Darauf angesprochen, sagte der serbische Präsident:

"Die gegenseitige Anerkennung ist ihr Wunsch, wir wollen das nicht."

Erst vor wenigen Tagen unterstrich Vučić, dass Serbien wisse, dass man mit seinen Nachbarn nebeneinander leben und zusammenarbeiten müsse. Doch wenn es, so Vučić weiter, um die "Einmischung in den Status sowie die territoriale Integrität des Staates" gehe, "sagen wir: Wir respektieren das Völkerrecht, auf das sich die ganze Welt beruft." Zugleich verwies er darauf,

dass Serbien auch weiterhin "absolut" auf dem "europäischen Weg" sei und dies auch bleibe. In diesem Zusammenhang betonte Vučić insbesondere die Wichtigkeit von Investitionen aus den anderen europäischen Ländern in Serbien, ohne die die Wirtschaft deutlich schlechter dastünde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62adb31d48fbef72a3757316.jpg>

15:50 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium meldet Zerstörung von vier Zügen mit US-Haubitzen des Typs M777**

Wie der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, mitteilte, haben russische Truppen vier ukrainische Züge mit US-Haubitzen des Typs M777 und vier Züge mit Mehrfachraketenwerfer des Typs Grad mit präzisionsgelenkten Langstreckenraketen zerstört.

Insgesamt wurden dem Ministerium zufolge zwölf Schießstände getroffen. Die in den USA hergestellte Militärtechnik befand sich in der Nähe der Siedlungen Lastochkino, Otschertino, Wodjanje und Schelannoje auf dem ukrainisch kontrollierten Territorium in der Volksrepublik Donezk. Grad MLRS waren in der Nähe von Awdejewka und den Siedlungen Keramik und Schelannoje stationiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62add6cdb480cc7afc06eb44.jpg>

Beschuss einer M777-Haubitze mit russischen Präzisionswaffen am 22. Mai

16:56 (15:56) **novorosinform.org: Die Streitkräfte der Ukraine führen massiven Beschuss des Zentrums von Donezk durch - Granaten fallen im Bereich der Donbass-Arena und des Kinos, es gibt Opfer**

Ukrainische bewaffnete Formationen beschießen weiterhin die zentralen Gebiete von Donezk. Militärkorrespondenten melden Treffer auf den zentralen Straßen der Hauptstadt der DVR. Der Stab der Territorialverteidigung [meldete](#) den Tod eines Zivilisten. Der Bürgermeister von Donezk, Aleksej Kulemsin, schrieb auf seinem Telegram-Kanal, dass

der Woroschilowskij-Bezirk von ukrainischen Truppen beschossen wurde.

„Granaten fielen auf die Universitätsstraße in der Nähe des Swyosdotschka-Kinos sowie in der Nähe des Stadions ‚Donbass-Arena‘ und des Expodonbass-Ausstellungskomplexes“, heißt es in dem Bericht.

Der Stab der Territorialverteidigung der DVR berichtete auch, dass ein Zivilist infolge des Beschusses von Handelpavillons im Kuibyshevskij-Bezirk von Donezk getötet wurde.



https://novorosinform.org/content/images/70/67/47067_720x405.jpg

16:30 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Artilleriekräfte haben 180 Truppen- und Ausrüstungslager getroffen**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow teilte am Samstag mit, dass russische Raketen- und Artilleriekräfte im Laufe des vergangenen Tages mehr als 310 Nationalisten, zehn Panzer und drei Grad MLRS-Fahrzeuge zerstört haben. Er erklärte, die Raketen- und Artilleriekräfte hätten 180 Truppen- und Ausrüstungslager, 16 Gefechtsstände sowie 32 Artillerie- und Mörserstellungen der ukrainischen Streitkräfte getroffen.

"Als Ergebnis der Schläge wurden mehr als 310 Nationalisten, zehn Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, drei Kampffahrzeuge des Mehrfachraketenwerfersystems Grad, neun Feldartilleriegeschütze und 14 Spezialfahrzeuge zerstört", sagte Konaschenkow.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 18. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In 27 befreiten Ortschaften wurden **Renten- und Sozialzahlungen** durchgeführt.

In Mariupol wurden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an einem Faseroptikkabel durchgeführt und eine Basisstation in Betrieb genommen.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich 3670 Menschen.

An den Eisenbahnstationen Mariupol und Wolnowacha, an der Strecke Wolnowacha – Karan wurden 70 Meter Eisenbahngleis repariert.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 6 Hektar Territorium untersucht und 171 explosive Objekte entschärft**.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben in Welikonowosjlowka und Perschotrawnewoje 1740 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter

Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:15 de.rt.com: **Boris Johnson spricht über "Ukraine-Müdigkeit"**

Der britische Premierminister Boris Johnson hat erklärt, dass die Welt des Konflikts in der Ukraine überdrüssig geworden ist: "Es ist sehr wichtig, in die Ukraine zu reisen, besonders in dieser schwierigen Zeit. Wir sind besorgt darüber, dass es weltweit eine gewisse Müdigkeit in Bezug auf die Ukraine gibt", sagte er laut RIA Nowosti dem britischen Fernsehsender Sky News.

Johnson ist am Freitag überraschend nach Kiew gereist. Bei seinem zweiten Besuch in der ukrainischen Hauptstadt seit Beginn der russischen Militäroperation überbrachte der britische Premierminister das Angebot einer britisch geführten Ausbildungsmission, die das Potenzial habe, "ausschlaggebend für den Kriegsverlauf" zu sein. Regierungsangaben zufolge sollen dabei bis zu 10.000 Soldaten innerhalb von nur 120 Tagen ausgebildet werden können.

In Kiew besuchte Johnson u. a. eine Kirche und die Ausstellung der zerstörten russischen Militärtechnik, wo auch in Russland ausgemusterte Totschka-U-Rakete präsentiert worden war.

Der Johnson-Besuch folgte auf den Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi in Kiew am Donnerstag.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62adde03b480cc17d812cb3c.jpg>

Boris Johnson am 17. Juni in Kiew

17:55 de.rt.com: **Plant Polen eine Flugverbotszone über der Westukraine?**

Als "äußerst gefährliche Aussage aus Polen" [bezeichnete](#) der Telegram-Kanal Ukraina.ru die Meldung, Warschau könnte den Luftraum über der Westukraine schließen, um russische Raketenangriffe abzuwehren. Der ehemalige Leiter des polnischen Sonderdienstes BNB, Brigadegeneral Stanisław Koziej, habe dies erklärt.

Nach Ansicht des Generals sollte die NATO die der Ukraine zur Verfügung gestellte militärische Ausrüstung auch auf dem Territorium der Ukraine selbst schützen, wenn diese nahe an den Grenzen der NATO liegt.

Es sei bemerkenswert, dass die NATO wiederholt betont hat, dass das Bündnis den Himmel über der Ukraine nicht schließen würde, um eine direkte Konfrontation mit Russland zu vermeiden.

Warschau fungiere wieder einmal als "Kettenhund" Washingtons, aber man könne davon ausgehen, dass Polen bisher von für den westlichen Block selbstmörderischen Schritten

abgehalten wurde, heißt es in der Meldung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62adde9eb480cc716b0d8561.jpg>

abends:

18:35 de.rt.com: **Zahl der Todesopfer des Beschusses durch ukrainische Streitkräfte in der DVR steigt auf fünf**

RIA Nowosti [meldet](#), die Zahl der Todesopfer durch den Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte in der Volksrepublik Donezk (DVR) sei am Samstag auf fünf gestiegen (RT DE berichtete), und zwölf weitere seien verwundet worden, wie das Hauptquartier der Territorialverteidigung der Republik mitgeteilt habe.

"Infolge des heutigen Beschusses durch die ukrainische Militäreinheiten ist in der Volksrepublik Donezk die Zahl der Todesopfer auf fünf Personen gestiegen, zwölf weitere wurden verletzt", so das Hauptquartier in einer Erklärung.

Am Samstag wurde Donezk mehrfach bombardiert, wobei insbesondere das Gebäude der Nationalen Universität Donezk beschädigt wurde. Außerdem wurden zwei Mitarbeiter des DVR-Katastrophenschutzministeriums getötet und drei weitere durch den Beschuss verletzt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62adf52a48fbef72a375735c.jpg>

Bereits Ende April 2022 durch Beschuss zerstört: die Schule Nr. 22 in Donezk, Aufnahme vom 13. Juni 2022